

Coronaprämien oder die Ungleichbehandlung von (sozialer) Arbeit

Ein Beitrag von Michael Engelhardt

In Kürze ist es wieder soweit: die neue Bundesregierung wird eine Milliarde Euro Corona-Prämie unter das Volk bringen. Genau gesagt wird sie dieses Geld zu gleichen Teilen an Altenpflegeeinrichtungen und Krankenhäuser verteilen. Während in der Altenpflege einigermaßen geregelt scheint, wer wieviel Geld bekommt, hat man im Bereich Krankenhaus den Intensiv-Pflegekräften den größten Batzen versprochen.

Aber so genau weiß man es im Moment wieder einmal nicht, wie es laufen soll. Es steht zu befürchten, dass es am Ende wieder auf der betrieblichen Ebene hängen bleibt, wie das Geld verteilt wird. Was bereits zweimal zu extremen Verwerfungen innerhalb und unterhalb der Berufsgruppen geführt hat, wird eine Fortsetzung finden, die betrieblichen Interessenvertretungen als Beteiligte werden wieder geschwächt aus dem Prozess hervorgehen.

Wieder werden Sozial- und Erziehungsdienst, Behindertenhilfe, der ärztliche Dienst, die Reinigungskraft und die MTA im Krankenhaus leer ausgehen- mit welcher Rechtfertigung? Ist die Arbeit in diesen Berufsgruppen weniger wert? Was ist mit den Menschen an der Kasse beim Discounter, dem Busfahrer und Millionen anderen Menschen, die in den Zeiten der Pandemie ebenso großartiges geleistet haben? Oder vielleicht einmal ganz provokant gefragt: Haben die Menschen in Alten- und Krankeneinrichtungen nicht genauso „nur“ ihre Arbeit gemacht wie Millionen anderer Menschen in anderen Berufen?

Liebe Politik, ich als auf kommunaler Ebene selbst politisch aktiver Mensch würde dringend empfehlen, zu überdenken, welchen gesellschaftlichen Schaden man mit staatlichen Corona-Prämien anrichtet. Gerne können wir eine gesellschaftliche Diskussion darüber aufmachen, welchen Wert soziale Arbeit für die Gesellschaft hat und wie diese zu vergüten ist. Und wie man den dringend nötigen Nachwuchs gewinnen will. Da spielt nicht nur Geld eine Rolle, mindestens ebenso tun es die Arbeitsbedingungen. Der Einfluss von Politik beschränkt sich dann am Ende in der Regel auf die Festlegung von Mindestlöhnen, alles andere ist Sache von Gewerkschaften. Was Gewerkschaften benötigen, sind Signale aus der Politik, dass es einen Konsens darüber gibt, dass soziale Arbeit besser bezahlt werden muss.

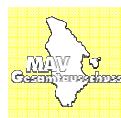
Liebe Gewerkschaften, habt mehr Mut bei euren Tarifforderungen für soziale Arbeit. Äpfel und Birnen gleichzeitig zu verhandeln, ist weder zielführend noch sinnvoll. Nur wenn die Menschen in sozialen Berufen das Gefühl haben, in euch eine starke Vertretung zu haben, werden sie euch durch ihre Mitgliedschaft stärken.



Liebe Mitarbeitende in sozialen Berufen: habt mehr Mut, für Euch selbst und eure Arbeit einzustehen. Solange ihr nicht einfordert, was euch vermeintlich zusteht, werden wir nichts erreichen. Hier ist Zusammenhalt gefragt, nur für sich selbst das Maximum raus zu schinden, bringt in der Sache nicht weiter und lässt viele Kolleginnen und Kollegen zurück.

Michael Engelhardt

*Ist ein "altgedientes" Mitglied der MAV im Ev. Klinikum Niederrhein in Duisburg
Mitglied der Regio-MAV Duisburg, dem MAV-Gesamtausschuss der EKIR
und im Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit des GesA*



<https://www.mav-gesa-ekir.de>
Infos und Arbeitshilfen für MAVen